

Schutzgemeinschaft senkt den Beitrag

Bürgerinitiative Sünteltal lädt Experten zum Vortrag über das Thema Privatisierung des Trinkwassers ein

Die Mitglieder der Bürgerinitiative Schutzgemeinschaft Sünteltal votierten bei ihrer ersten Jahresversammlung nach längerer Beratung dafür, den Jahresbeitrag von bisher 30 auf sechs Euro zu senken.

VON GERHARD HONIG

HAMELSPRINGE/BAKEDE. Anders als in vielen anderen Vereinen kam die Anregung dazu vom Vorstand: Kassierer Michael Stolpe musste die geplante Senkung sogar verteidigen, weil einige Mitglieder eher für eine moderatere Ab-

senkung auf zehn Euro stimmen wollten – oder sich gar ganz gegen eine Beitragssenkung aussprachen. Eine eindeutige Mehrheit unterstützte schließlich den Vorschlag eines deutlich niedrigeren Beitragssatzes. Einigkeit herrschte darüber, dass der Beitrag bei größerem Finanzbedarf wieder angehoben werden müsse. Der Vorstand erhofft sich außerdem von dem geringeren Beitrag eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl. Allein im ersten Jahr des Bestehens ist die Schutzgemeinschaft auf 150 Haushalte, das sind 300

Personen als zahlende Mitglieder, angewachsen. Einstimmig beschlossen wurde auch eine Änderung der Vereinssatzung – eine reine Formalie, wie Dreyer betonte: Die Reduzierung der Vorstandsmitglieder von elf auf sechs.

In seinen Grußworten dankte Peter Meyer, Vorsteher des Wasserbeschaffungsverbandes Hamelspringe, Bakede, Egestorf, Böbber der Schutzgemeinschaft Sünteltal, dass „sie mit ihrem Engagement schon bei dem Vorhaben der Einlagerung von Kohleasche im Steinbruch Hamelspringe uns mehr als

unterstützend zur Seite gestanden hat.“ Der Wasserbeschaffungsverbandschef lieferte damit auch die perfekte Überleitung zum zweiten Teil des Abends: Die Bürgerinitiative hatte den Geschäftsführer des Wasserverbandstages Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt (WVT), Godehard Hennies, zum Vortrag über ein aktuelles Thema gebeten: „Privatisierung von Trinkwasser – Nein danke!“ machte Hennies deutlich und argumentierte gegen eine Kommerzialisierung, wie sie in einer neuen EU-Richtlinie vorgesehen sei.

Er bemühte dazu den Artikel 28 des Grundgesetzes und wies auf die Grundlagen des Rechts der Selbstverwaltung der Gemeinden hin. Auch die Präambel der EG-Wasser-Rahmenrichtlinie spreche eindeutig für den bisherigen und bewährten Status: „Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss“. Hennies berichtete, dass Deutschland geradezu ein Trinkwasser-Paradies sei und dass 85 Prozent aus Grundwasser strammen.

Deisteranzeiger, 2.Mai 2013